

bungen im Keim zu ersticken. Besondere Anfälligkeit gegenüber dem „Revisionismus“ zeigten die Wirtschaftstheorien und die Agrarökonomik — Gebiete, auf denen die Partei am wenigsten eine Diskussion zulassen konnte, da sie unweigerlich zu einer Kritik an ihrer Wirtschafts- und Agrarpolitik hätte führen müssen.

Mit „revisionistischen“ Gedanken in der Wirtschaftstheorie traten u. a. Professor *Dr. Fritz Behrens*, damals Leiter der „Staatlichen Zentralverwaltung für Statistik“, und *Dr. Arne Benary*, damals Oberassistent am Wirtschaftswissenschaftlichen Institut der Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin, hervor. In wissenschaftlichen Aufsätzen hatten sie sich mit einem Problem befaßt, das sie als Widerspruch zwischen der Masseninitiative der Werktätigen in der Produktion und der bürokratisch-zentralistischen Reglementierung der Produktion durch den „Staat“ auffaßten. Ausgehend von dem marxistischen Kerngedanken, daß die materiellen Produktivkräfte mit den Produktionsverhältnissen übereinstimmen müssen, wenn es nicht zu sozialen Konflikten kommen soll, hatten sie den Abbau der Planbürokratie zugunsten einer wirtschaftlichen Selbstverwaltung angeregt. Professor *Behrens* wandte sich schlechthin gegen die Wirtschaftspolitik der Partei während der vorausgegangenen Jahre, wenn er dagegen polemisierte, *„daß der sozialistische Staat das Tempo der ökonomischen Entwicklung nach seinem Ermessen bestimmen“* wolle. *„In dem Maße“*, so lautete sein Schluß, *„wie die ökonomischen Gesetze der sozialistischen Produktion zu wirken beginnen, d. h. in dem Maße, wie sich die sozialistischen Produktionsverhältnisse festigen, muß die Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung zurücktreten, da sie sonst zu einem Hemmschuh der weiteren Entwicklung wird. Die wachsenden Produktivkräfte und das ökonomische System des Sozialismus geraten dann in Widerspruch zu der Leitung der Wirtschaft durch zentrale Weisung“*²¹¹.“ Das war für *Ulbricht* nichts anderes als ein direkter Angriff auf die Monopolherrschaft der SED in der Wirtschaft, und zwar zu einer Zeit, in der auch in der Arbeiterschaft der sowjetischen Zone die Forderung nach größerer Mitbestimmung in der Produktion erneut laut geworden war. Was Professor *Behrens* formulierte, war in stalinistischer Sicht politischer Sprengstoff. *„Eine nicht in ökonomischen und politischen Notwendigkeiten begründete übermäßige Zentralisierung . . . führt zu Bürokratismus und Verantwortungslosigkeit“*, schrieb er und folgerte daraus: *„Der ideologische Reflex einer*

211 *Fritz Behrens* „Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode“, in *„Wirtschaftswissenschaft“* 3. Sonderheft 1957, S. 115 und S. 117 f.